52. Jahrgang. № 72. Freitag, 13. März 1908.

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Druck und Verlag von Liepsch & Reichardt in Dresden.

Bezugsgebühr vierteljährl. für Dresden bei täglich zweimaliger Zustellung (an Sonn- und Montagen nur einmal) 2.50 Mk., durch auswärtige Kommissionäre 3.00 Mk. Bei einmaliger Zustellung durch die Post 3 Mk. (ohne Bestellgeld). Die den Lesern von Dresden u. Umgebung am Tage vorher zugestellten Abend-Ausgaben erhalten die auswärtigen Bezieher mit der Morgen-Ausgabe gleichzeitig. Nachdruck nur mit deutlicher Quellenangabe („Dresdn. Nachr.") zulässig. — Unverlangte Manuskripte werden nicht aufbewahrt.

Anzeigen-Tarif: Annahme von Ankündigungen bis vorher 3 Uhr, Sonntags nur Marienstraße 38 von 11 bis 1/2 1 Uhr. Die einspaltige Grundzeile (ca. 8 Silben) 25 Pf., Familien-Nachrichten 20 Pf.; Geschäfts-Anzeigen auf der Privatseite Zeile 30 Pf.; die zweispaltige Zeile auf Textseite 60 Pf. In Nummern nach Sonn- und Feiertagen die einspaltige Grundzeile 30 Pf., auf Privatseite 40 Pf., Familiennachrichten die Grundzeile 25 Pf. — Bestimmte Aufträge nur gegen Vorausbezahlung. — Jedes Belegblatt kostet 10 Pfennige.

Telegramm-Adresse: Nachrichten Dresden.
Fernsprecher: Nr. 11 und 2096.

Hauptgeschäftsstelle: Marienstraße 38/40.

Galerie Ernst Arnold, 34 Schlossstrasse 34.
Ausstellung neuer :: :: Gemälde von **Hans Unger.**

Soporval, amerik. Baldrian-Extrakt, U. St. Ph.
Gegen Schlaflosigkeit nervösen Ursprungs. Nur echt mit Marke „Mutter Anna". Flasche 1 Mark und 2 Mark.
Königl. Hofapotheke, Dresden, Georgentor.

Techn. Gummiwaren
für alle Arten Betriebe.
Dichtungen, Gasbeutel, Schläuche, Transportmäntel etc. etc.
Reinhardt Leupolt, Gummiwarenfabrik,
Dresden-A., Wettinerstrasse 26. Telephon 289.

Julius Schädlich
Am See 16, part. u. I. Et.
Beleuchtungs-Gegenstände
für Gas, elektr. Licht, Petroleum, Kerzen.

Vernickeln, Verkupfern, Vermessingen, Vergolden, Versilbern etc. aller Metallgegenstände
Dresdner Vernickelungs-Anstalt OTTO BÜTTNER, Falkenstrasse 1—3, Hofgebäude.

Für eilige Leser.

Mutmaßliche Witterung: Kühl, neblig, später aufklärend.

In der gestrigen Dresdner Stadtverordneten-Sitzung wurde ein Antrag der Sozialdemokraten: „den Rat zu ersuchen, Aufklärung zu geben, weshalb trotz der großen Zahl der Arbeitslosen in Dresden bei öffentlichen Bauten ausländische Arbeiter eingestellt worden sind" einstimmig angenommen.

Die für 1910 geplante internationale Hygiene-Ausstellung in Dresden soll erst 1911 stattfinden.

Gerüchtweise verlautet, daß der Leipziger Oberbürgermeister Dr. Tröndlin demnächst in den Ruhestand tritt. Als Nachfolger wird der Reichstagsabgeordnete Dr. Junck genannt.

Der Reichstag setzte gestern die Beratung des Etats des Reichsamts des Innern fort.

In Deutsch-Südwest-Afrika ist bei Kubub eine deutsche Patrouille von Hottentotten erschossen worden.

In Barcelona ist gestern abermals eine Petarde explodiert; die Behörden legen jedoch der Sache augenblicklich keine Bedeutung bei.

In der Rhön herrschte gestern heftiger Schneesturm. — Auch in Schweden sind infolge heftigen Schneefalles große Eisenbahnverkehrsstockungen eingetreten.

Rußlands Verhältnis zu Japan in der Reichsduma.

Die Gesetzesvorlage über die Umwandlung der russischen Gesandtschaft in Tokio in eine Botschaft gab der russischen Regierung und Volksvertretung Gelegenheit zu einer weitausgreifenden Erörterung der ostasiatischen Frage. Seit dem russisch-japanischen Kriege hat sich im fernen Osten eine Entwicklung vollzogen und vollzieht sich noch immer weiter, die überall in der internationalen Diplomatie das lebhafteste Interesse wachruft. Die Machtverschiebungen, die dort eingetreten sind, dürften noch auf lange Zeit hinaus zu keinem endgültigen Abschluß der Spannungen führen, die die ganze Welt fortgesetzt in Atem halten. Japan ist sozusagen über Nacht in die Reihe der Großmächte eingetreten und bildet mit seinen zielbewußten Expansionsplänen den Pol, um den sich die gesamte ostasiatische Politik dreht: Alle Staaten, die dort ansässig sind oder festen Fuß gefaßt haben, müssen sich mit dem kühn aufstrebenden Inselreich irgendwie auseinandersetzen. Zuerst war es China, das den Rivalen beizeiten demütigen wollte; aber der Koloß hatte sich überschätzt und das Reich der aufgehenden Sonne unterschätzt. Im chinesisch-japanischen Kriege wurde China vernichtend aufs Haupt geschlagen und wenn es im Frieden von Shimonoseki mit einem blauen Auge davon kam, so hatte es dies einzig und allein dem Eingreifen der Großmächte zu verdanken, die sich seiner annahmen, weil sie verhindern wollten, daß Japan auf dem asiatischen Festlande dauernd Fuß faßte. Was Japan damals nicht glückte, gelang ihm im Kriege gegen Rußland: der Frieden von Portsmouth brachte Südsachalin, einen Teil der Mandschurei und vor allem Korea in seine Machtsphäre. Wer die Japaner kennt, weiß, daß sie alle Chancen mit höchster Energie auszunutzen verstehen, und die jüngste Vergangenheit hat gezeigt, daß sie ganze Arbeit machen: Korea ist nur noch eine japanische Provinz, Mandschurei und Kwantung-Halbinsel werden bald folgen. Daß das Inselreich jemals wieder seinen neugewonnenen Festlandsbesitz gutwillig aufgeben wird, ist ausgeschlossen, denn Japans ostasiatische Machtstellung steht und fällt damit. Es ist ein Zeichen der Zeit, daß Rußland sich mit dieser Wandlung der Dinge zufrieden gibt, obwohl Japan doch gerade aus dem Fell des russischen Bären Riemen geschnitten hat, der sich dort, wo jetzt Japan herrscht, schon heimisch zu fühlen begann. Der Entschluß des Zaren, die Gesandtschaft in Tokio zu einer Botschaft zu erheben und damit formell die Großmachtstellung Japans anzuerkennen, spricht dafür, daß man in Petersburg auf Revanchegedanken vorläufig verzichtet hat. Wie lange, das ist natürlich eine andere Frage, denn niemand wird voraussagen wollen, ob Rußland, wenn die politische Konjunktur wieder besser steht, nicht doch noch einmal auf seine ostasiatischen Ausdehnungsbestrebungen zurückgreift. Vorläufig aber scheint die Streitaxt begraben: Rußland hat im Innern genug mit sich selbst zu tun, ist weder finanziell noch militärisch gerüstet, und schickt sich, wie die Vorgänge der letzten Zeit bewiesen haben, mit Nachdruck an, vorderhand die Ausführung seiner alten Pläne im nahen Orient in Angriff zu nehmen.

Der Verlauf der Dumasitzung, in der über das Verhältnis Rußlands zu Japan verhandelt wurde, war in mehrfacher Hinsicht beachtenswert. Fast alle diplomatischen Vertreter fremder Mächte in Petersburg waren anwesend, um sich persönlich über die Stimmung der russischen Volksvertreter zu informieren. In den Reden der verschiedenen Parteiführer kam das allgemeine Friedensbedürfnis ebenso zum Ausdruck, wie der feste Wille, etwaigen weiteren Gelüsten der Japaner gegenüber die russische Ostgrenze in Asien mit Einsatz aller Kraft zu schützen. Man gab allerseits zu, daß in Rußland eine starke Revanchepartei gegen Japan, vornehmlich in militärischen Kreisen, bestünde, bekannte sich aber desto entschiedener zu der von der Regierung beabsichtigten Friedenspolitik. Im Interesse Rußlands wie in dem des Weltfriedens wird man das nur begrüßen können, um so mehr, als auch die Rede des Ministers des Aeußeren, Iswolski, eine starke Friedenskundgebung bedeutet: einer der seltenen Fälle, wo im Zarenreiche Regierende und Regierte völlig einer Meinung sind! Was der verantwortliche Leiter der äußeren Politik ausführte, war in seiner Art ein Meisterstück, klug berechnet und klar formuliert. Sicher ist es keine angenehme Aufgabe für einen Staatsmann, dem Sieger nach schwerer Niederlage die Hand zur Verständigung und Versöhnung hinzureichen, aber die elegante, sichere Art, wie Iswolski es tat, nahm der Situation alles Peinliche und Kritische. Er versüßte die immerhin bittere Pille mit der gewandten Bemerkung, daß trotz aller im Frieden von Portsmouth gebrachten Opfer doch nichts von dem historischen Erbe Rußlands verloren gegangen sei, sondern nur das, was lediglich das Resultat waghalsiger spekulativer Unternehmungen gewesen war und eigentlich schon immer wirtschaftlich, wie geographisch zu Japan gravitiert habe. Er wies weiter auf das russisch-japanische Abkommen vom 28. Juli 1907 hin und auf den Vertrag mit England, dem er neben der Regulierung zentralasiatischer Streitfragen auch deshalb großen Wert beimaß, weil England — als Bundesgenosse Japans — sicherlich seine guten Dienste leihen würde, um die neuerlichen besseren Beziehungen Rußlands zu Japan dauerhaft zu gestalten und von Trübungen frei zu halten. Das klingt auf den ersten Blick wohl reichlich optimistisch, findet aber seine Begründung in dem letzigen, wesentlich eingeschränkten Ziel der russischen ostasiatischen Politik, das der Minister kurz in die Formel zusammenfaßte: Schaffung eines festen Gleichgewichts im Stillen Ozean. Hierauf geht auch einzig und allein das Streben aller anderen Mächte, England nicht ausgeschlossen, denn auch dieses hat allen Grund, die Bäume japanischen Ehrgeizes nicht in den Himmel wachsen zu lassen. Wenn der Minister darauf hinwies, daß auch Deutschland seine ostasiatische Politik in solchem Geiste gerechten Ausgleichs zwischen den verschiedenen in Ostasien interessierten Mächten führe, so kann uns diese Anerkennung unserer loyalen Absichten nur willkommen sein.

Einen Punkt streifte Iswolski verständlicherweise nur ganz kurz, das heikle Kapitel: Vereinigte Staaten und Japan. Zur Verbesserung des vielzitierten Gleichgewichts im fernen Osten schwimmt jetzt die amerikanische Armada auf dem Stillen Ozean. In Verbindung mit der Tatsache, daß auch die Philippinen in kurzem starke Befestigungen nebst zwei gewaltigen Kriegshäfen erhalten werden, stellt die amerikanische Flottenfahrt unbestritten eine ernste Warnung an Japan dar, den Bogen nicht allzu straff zu spannen. Wird es, wie oft vermutet wird, zu einer kriegerischen Auseinandersetzung kommen? Wir glauben nicht daran, denn die Union ist mit ihrer Kriegsrüstung noch nicht fertig, und Japan leidet an empfindlichem Geldmangel. Schon die Demonstration scheint in Tokio gewirkt zu haben, denn immer mehr Stimmen erheben sich dort, die für Selbstbeschränkung und Friedenspolitik plädieren. Auch das langsam erwachende China wird wieder rebellisch, wie die jüngste Schiffsaffäre bewiesen hat, und denkt je länger, je weniger daran, sich unter japanischer Führung ins panasiatische Schlepptau nehmen zu lassen. Alle diese Momente haben den japanischen Großmachtskitzel, der schon bedenkliche chauvinistische Formen angenommen hatte, doch etwas gedämpft und es der russischen Regierung wesentlich erleichtert, in eine Neu- und Bessergestaltung ihrer Beziehungen zu Japan zu treten, die nun ihre förmliche Bestätigung in der Erhebung der russischen Gesandtschaft in Tokio zur Botschaft gefunden hat. Ueberblickt man auf Grund der letzten Duma-Verhandlung also die Gesamtsituation in Ostasien, so wird man ohne Schönfärberei eine günstige Wendung konstatieren dürfen. Alle europäischen Mächte und die Vereinigten Staaten finden sich langsam, aber mit sicherem politischen Instinkt wieder in dem gemeinsamen Ziele zusammen, ein dauerhaftes Gleichgewicht in Ostasien zu schaffen und zu diesem Zwecke einer etwa beabsichtigten Hegemonie des allzu ehrgeizigen Japan bei Zeiten den friedensichernden Riegel vorzuschieben.

Neueste Drahtmeldungen vom 12. März.

Deutscher Reichstag.

Berlin. (Priv.-Tel.) Die Beratung des Etats des Reichsamts des Innern wird beim Kapitel Allgemeiner Fonds, Titel Förderung der Binnenfischerei, fortgesetzt. — Abg. v. Pfetten (Zentr.) bemängelt es, daß für diesen Zweck unverhältnismäßig weniger als für die Förderung der Seefischerei aufgewandt werde. Besonderes Gewicht sei auf die Erforschung der Krankheiten der Fische zu legen. — Abg. Prinz Carolath (nl.) befürwortet gleichfalls eine Erhöhung der Aufwendungen für die Binnenfischerei. — Abg. Raab (Wirtsch. Ver.) betont bei dem nächstfolgenden Titel die Bedeutung der Seefischerei für unsere Marine und äußert sich befriedigt von der diesmaligen Erhöhung dieses Titels um 50 000 Mk. Man möge aber namentlich auch den Wünschen der Seefischer in bezug auf Schonzeit, Schutz gegen Beschädigung der Fanggeräte durch fremde Schiffe und Schutz namentlich gegen holländisches Eindringen in unsere Reviere mehr Beachtung schenken. Erwünscht sei Stationierung eines Torpedobootes bei Norderney zu letzterem Zwecke. — Bei dem Titel Reichszuschuß für die Zentralstelle für Volkswohlfahrt tritt Abg. Hebel (Zentr.) u. a. für Konzessionspflichtigmachung des Flaschenbiervertriebs, für erhöhte Versorgung des platten Landes mit ärztlicher Hilfe und für Verbesserungen im Wohnungswesen ein. — Bei einem weiteren Titel erklärt auf Befragen Unterstaatssekretär Wermuth: Das Internationale Landwirtschaftliche Institut in Rom werde Ende Mai d. J. zusammentreten. — Bei dem Titel „Belastung des Reiches mit Ausgaben für die Invalidenversicherung" findet Abg. Sachse (Soz.) die Verringerung der Rentenanträge, den Umfang der Wiederentziehung von Renten und den neuerdings schlechten Erfolg der Berufungen auffällig. Dieselben Aerzte, die erst Renten zuerkannt bezw. den dazu erforderlichen Grad von Erwerbsunfähigkeit bescheinigt hätten, hätten in zahlreichen Fällen hinterher, unter dem Einflusse der Prüfungskommission, ihr Gutachten zurückgezogen. — Direktor Caspar im Reichsamt des Innern bestätigt den Tatbestand, namentlich auch für die Versicherungsanstalt Schlesien. Aber die Wiederentziehungen seien nur natürlich, nachdem zuvor zahlreiche Rentenbewilligungen unter irriger Auslegung des Begriffs der Erwerbsunfähigkeit erfolgt waren. — Vizepräsident Paasche teilt nunmehr dem Hause mit, es seien zum Reichsamte des Innern jetzt noch 70 Redner zum Worte gemeldet, und wenn jeder derselben nur eine Viertelstunde spreche, seien das, da doch auch Antworten der Herren Regierungsvertreter zu erwarten seien, wenigstens 18 Stunden. Er bitte daher die Herren, sich möglichst kurz zu fassen. — Abg. Dr. Mugdan (freis. Volksp.) bestreitet Sachse gegenüber, daß die Aerzte nicht mehr den Mut hätten, sich dem Einflusse der Prüfungskommission zu entziehen und an ihrem Gutachten festzuhalten. — Abg. Sachse (Soz.) bleibt bei seiner Darstellung der Sachlage. Zwischen ihm und dem Abg. Mugdan knüpfen sich hieran noch Auseinandersetzungen über die Frage der freien Arztwahl. — Abg. Hué (Soz.) geht ebenfalls auf die Frage der freien Arztwahl ein und besonders auf das Verhältnis der Knappschaften zu dieser Frage. Wie komme also Mugdan zu seinen allgemeinen Angriffen auf die sozialdemokratisch geleiteten Ortskrankenkassen wegen ihrer Stellung zu dieser Frage? Der Hauptwiderstand gegen freie Arztwahl liege in den Betriebskrankenkassen, also auf seiten der Unternehmer. — Bei dem Abschnitt Schiffsvermessungsamt rügt Abg. Delbrück (freis. Ver.), daß die Kahnschiffer vielfach mit zu hohen Vermessungsgebühren belastet würden. — Beim Abschnitt Oberseeamt, Untersuchung von Seeunfällen, hält Abg. Hecker (freis. Ver.) einer neulichen Angabe des Abg. Raab gegenüber es für absolut ausgeschlossen, daß ein Schiffsunternehmer seinen Kapitän anhalte, darauf loszufahren, ohne Rücksicht auf die daraus entstehenden Gefahren. Redner weist ferner eine neuliche Andeutung des Abg. Hoch als Verleumdung zurück, als sei er, Hecker, von den Reedern bezahlt worden, um öffentlich für sie in der Angelegenheit des Hafenarbeiterstreiks einzutreten. Ganz unzutreffend sei auch die neuliche Angabe Hochs über ein Anwachsen der Seeunfälle bei der Seeberufsgenossenschaft. Tatsächlich sei eine Abnahme eingetreten. Als Prinz Heinrich nach China ging, erzählt Redner weiter, ärgerte sich der alte Reeder Laeiß darüber, daß der Prinz aus einem alten Kasten abfuhr, und er sagte, er hoffe, es werde noch einmal dazu kommen, daß jeder Hamburger Junge sagen könne: „Hurra, min Modder Germania kann swimmen!" Nun, meine Herren, ich denke, jetzt sind wir so weit, daß wir ausrufen können: „Hurra, min Modder kann swimmen!" (Heiterk.) — Abg. Metzger (Soz.) bringt einen jahrelang zurückliegenden Fall einer Selbstentzündung von Kohlen auf einem Dampfer zur Sprache und greift das Seeamt, die Reichsregierung und das Kohlensyndikat heftig an, weil damals die Feststellung der Herkunft der Kohle nicht erfolgt ist. — Dir. Dr. v. Jonquières erwidert, das Seeamt habe damals als richterliche Behörde jene Feststellungen als unerheblich erachtet. Auf Ersuchen der Reichsverwaltung habe das Syndikat die Namhaftmachung der Zeche, von der die Kohle stammte, abgelehnt. — Abg.